

## Zusammenfassung

Das Zusammenleben mit Muslimen ist zu einem zentralen Thema des interkulturellen und interreligiösen Zusammenlebens in Europa geworden. Seit Jahren zeigten die Konflikte um den Bau von Moscheen oder die Einrichtung von islamischen Kulturzentren, dass die Vorbehalte gegenüber Menschen muslimischen Glaubens besonders stark sind.

Detaillierte Untersuchungen über die Situation in europäischen Dörfern gibt es kaum. Außer in Großbritannien, wo es eine langjährige Antirassismuarbeit auch in ländlichen Regionen gibt, widmet sich nur das Projekt "Fremdsein im Dorf" in Deutschland der Zuwanderung und dem interkulturellen Zusammenleben außerhalb der Ballungsgebiete und Städte. Dabei wird immer deutlicher, dass gerade in den ländlichen Regionen verstärkt etwas für das interkulturelle Zusammenleben getan werden muss. In den Dörfern und Kleinstädten Europas laufen, als Folge der weltweiten Globalisierung, zur Zeit Ausgrenzungs- und Identitätsprozesse ab, die das interkulturelle Zusammenleben nachhaltig beeinflussen. In den europäischen Dörfern steigt die Angst, durch die Globalisierung von Arbeitsmärkten und wirtschaftlichen Entwicklungen abgeschnitten zu werden. Viele Dörfer sehen angesichts Machtkonzentrationen in wenigen Zentren keine Zukunftsperspektive für den ländlichen Raum und leiden unter massivem Identitätsverlust. Das führt häufig dazu, dass sich ländliche Regionen zunehmend auf die dörflichen Strukturen zurückziehen und das von außen Kommende als Bedrohung abwehren.

Auch wenn der Islam häufig als **die** Bedrohung angesehen wird, darf man nach den Ereignissen vom 11. September nicht in eine Islamfalle tappen. Es ist sehr genau zu verifizieren, welche Probleme es wirklich im Zusammenleben mit Menschen muslimischen Glaubens gibt und welche Konflikte Muslimen zugeschrieben werden. Es ist sehr genau zu differenzieren, wenn über Islam, Fundamentalismus und Terrorismus diskutiert wird. Das ist eine schwierige Aufgabe, der sich auch Kommunen zu stellen haben.

Der 11. September 2001 hatte in den europäischen Ländern unterschiedliche Folgen: Es gibt Länder, in denen es zu einer Vielzahl von Übergriffen auf Muslime oder muslimisch aussehende Menschen kam, während in anderen Ländern keine Zunahme von Übergriffen verzeichnet werden kann. Für die europäischen Dörfer gilt Ähnliches: An manchen Orten hat dieses Datum zu keinerlei Veränderungen geführt: wo bereits gute Beziehungen zwischen Einheimischen und Muslimen bestanden, konnten diese ohne Beeinträchtigungen fortgesetzt werden. An anderen Orten hingegen ist seit dem 11. September 2001 das Zusammenleben nachhaltig gestört und es sind Konflikte aufgebrochen. Teilweise wirkten dabei die Terroranschläge wie Funken für schwelende Konflikte.

## Berichte aus europäische Ländern

Die Berichte aus den europäischen Ländern geben einen Überblick über unterschiedliche Probleme beim Zusammenleben mit Menschen muslimischen Glaubens und über gute Beispiele aus den Regionen Europas.

In verschiedenen Ländern zeigt sich eine Zunahme der Popularität rechter und rechtsextremer Parteien, die mit ausländerfeindlichen Slogans Stimmen gewinnen. Als Beispiel dafür steht der Bericht aus **Dänemark**. Er zeigt auf, wie in einer ländlichen Gemeinde Fehler in der lokalen Sozialpolitik genutzt werden konnten, um rechten Parteien bei Wahlen einen hohen Zulauf zu bringen. Er schildert in dramatischer Weise, wie die Angst um den Verlust von Wohlstand in der dänischen Bevölkerung ein große Welle von Fremdenfeindlichkeit und vor allem Islamphobie zur Folge hat. Obwohl in Dänemark nur 1-2% der Bevölkerung Muslime sind, werden sie als Problem angesehen. Diese Entwicklungen sind in den ländlichen Regionen Dänemarks ausgeprägter als in den Städten.

Ähnliches beschreibt auch Mohamed Dhalech für **Großbritannien**. Hier begannen Auseinandersetzungen mit jungen Muslimen bereits im Frühjahr 2001 in mehreren Kleinstädten. Diese Auseinandersetzungen haben durch den 11. September eine Verschärfung erfahren, und nun wird von rechten Parteien massiv vor dem Islam gewarnt. Die Parteien rufen vor Einrichtungen wie Kirchen dazu auf, sich gemeinsam gegen Muslime zusammenzuschließen, um eine weitere Zuwanderung von Muslimen, den Bau von Moscheen und die Errichtung von islamischen Kulturzentren zu verhindern. Der vermehrte Zulauf der rechten Parteien und die Zunahme der Islamfeindlichkeit ist eine Tendenz, die nicht auf diese beiden Länder beschränkt ist.

Verheerende Folgen hatte der 11. September auch in den **Niederlanden**. Die Ereignisse nach diesem Datum machen deutlich, dass eine Islamfeindlichkeit bei der niederländischen Bevölkerung tief verankert ist und Übergriffe gerade in kleineren und mittleren Städten stattfinden. Die offene Gesellschaft der Niederlande entpuppt sich immer mehr als islamfeindlich und intolerant. Dennoch kann Abdullah Haselhof auch positive Beispiele für interreligiöses Zusammenleben darstellen und sieht durch die nachbarschaftlichen Beziehungen, die auf dem Lande möglich sind, Dörfer als besonders geeignete Orte für interkulturelles Zusammenleben.

Zwiespältig ist das Bild in **Finnland**. Zum einen leben hier 1500 tatarische Muslime, die vor ca. 100 Jahren aus der Wolgaregion nach Finnland kamen und die gut integriert sind. Zum anderen kamen in den 90er Jahren somalische Flüchtlinge, die von der finnischen Bevölkerung nicht akzeptiert werden und die auch von den muslimischen Tataren abgelehnt werden.

Auch für **Italien** gibt es Widersprüchliches: Zum einem kann für den Süden der Bericht von Beatrice Grill als Beispiel für ein gutes beginnendes interreligiöses Miteinander stehen. Ebenso ist erfreulich, dass die Moschee in Rom mittlerweile zu den Sehenswürdigkeiten der Stadt zählt und die Römer stolz auf dieses Bauwerk sind. Daneben gibt es aber Konflikte mit muslimischen Flüchtlingen in anderen Küstenregionen Italiens, wo der Islam als Bedrohung eingestuft wird. Das geht bis zur Äußerung eines Bischofs, der Zuwanderung nur noch katholischen Personen erlauben will.

In **Griechenland** sehen viele Menschen in Muslimen eine politische Gefahr. Dies zeigt sich besonders an den Auseinandersetzungen um den Bau der Moschee in Peania, bei Athen. Diese Einschätzung wird aber auch in den ländlichen Regionen geteilt. Die Angehörigen der türkischen Minderheit in Westthrakien, die seit Jahrhunderten dort lebt, erfahren sich zunehmend als diskriminiert.

Eine latente bis offene Islamfeindlichkeit wird auch aus **Tschechien** berichtet. Zwar ist dieses Land bislang kaum mit muslimischer Zuwanderung konfrontiert, dennoch sehen sich die wenigen muslimischen Organisationen immer wieder Schwierigkeiten und Anfeindungen ausgesetzt.

Es ist erschreckend festzustellen, dass weite Teile der europäischen Bevölkerung überzeugt sind, dass die islamische Kultur mit der europäischen nicht zu vereinbaren ist. Diese Ansicht scheint besonders in den stärker religiös geprägten ländlichen Regionen der europäischen Länder verbreitet zu sein.

Zwei Vorurteile halten sich hartnäckig in Dörfern: Erstens: "Bei uns gibt es keine Probleme, weil wir nur wenige Zugewanderte haben." und zweitens: "Die Probleme gibt es erst, seit bei uns Ausländer wohnen. Vorher gab es hier keine Ausländerfeindlichkeit." Beide Vorurteile sind in der Regel falsch, jedoch kaum auszumerzen.

Wenn sich an einem Ort nur wenige Zugewanderte ansiedeln und diese auch noch einer anderen Religion angehören, gibt es selten Berührungspunkte im alltäglichen Dorfleben. Häufig ziehen sich die Zugewanderten in ihre eigenen Familien oder Gruppen zurück und treten in den Kommunen kaum in Erscheinung. Dies darf jedoch nicht so interpretiert werden, als gäbe es keine Probleme. Wenn Zugewanderte nicht frühzeitig in das Alltagsleben einbezogen werden und es keine Angebote gibt, in denen Zugewanderte das neue Wohnumfeld kennenlernen können, entstehen Parallelgesellschaften. Diese Entwicklung lässt sich bereits an vielen Orten feststellen. Der Beitrag von Mohammed Dhalech aus Großbritannien zeigt auf, was aus Versäumnissen in diesem Bereich entstehen kann. Ob der Versuch der Sozialkohäsion, der augenblicklich in Großbritannien gestartet wird, Fehler erfolgreich behebt, muss abgewartet werden.

Immer noch bietet die Zuwanderungsthematik eine optimale Angriffsfläche für verdrängte Probleme und Konflikte. Gerade bei Wahlkämpfen wird immer wieder deutlich, dass Zugewanderte zu Sündenböcken für gesellschaftliche und sozialpolitische Probleme gemacht werden. Ereignisse wie der 11. September 2001 verschärfen diese Tendenz. Durch die "Charter der Europäischen Politischen Parteien für eine Nicht-rassistische Gesellschaft" von der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wurde ein Mindeststandard gegen die Verwendung solcher Vorurteile von Parteien in Wahlkämpfen entwickelt. Die Umsetzung dieser Charter darf nicht nur auf der nationalen Ebene erfolgen, sondern muss auch Kommunen einbeziehen.

In **Belgien** hat der Muslimrat eine wichtige Bedeutung. Er ist dort der öffentliche Ansprechpartner und wird bei religiösen Fragen von der Regierung zu Rate gezogen. Solche Einrichtungen sollten in den anderen Europäischen Ländern gefördert werden.

In **Großbritannien** werden Verantwortliche in Kommunen und öffentlichen Einrichtungen - durch das dortige Antidiskriminierungsgesetz, der Race Relations Act - zur aktiven Beseitigung von Diskriminierung ermahnt. Unter Androhung von Strafen werden die Verantwortlichen aufgefordert, Zugewanderten einen gleichberechtigten Zugang zu verschiedenen Bereichen zu ermöglichen. Dies ist eine gesetzliche Forderung, von der andere europäische Länder noch sehr weit entfernt sind. Deshalb

muss darauf hingewirkt werden, solche Forderungen auch in anderen nationalen Antidiskriminierungsvereinbarungen zu etablieren und auf allen Ebenen umzusetzen.

Die Ausführungen von Amir Zaidan zeigen, dass Kindergärten und Schulen in ländlichen Regionen bislang den Herausforderungen des interkulturellen Zusammenlebens häufig mit Blockaden begegnen. Die Konfliktfelder "nicht-geschlechtsgetrennter Schwimmunterricht", "Klassenfahrten" und "islamischer Religionsunterricht" (die in der deutschen Debatte eine große Rolle spielen) sollten möglichst schnell bearbeitet werden. Lehrkräften aller Schultypen muss interkulturelle Kompetenz vermittelt werden, die einen nicht-diskriminierenden Umgang mit Zugewanderten verschiedener Kulturen und Religionen zum Ziel hat.

## **Was ist zu tun?**

Es gibt keine Patentlösungen für gelingendes Zusammenleben mit Muslimen. Die Berichte aus Europa machen dies in anschaulicher Weise klar. Ansätze müssen sich immer unter der Beachtung des lokalen Kontextes entwickeln, wenn sie erfolgreich sein sollen.

- ◆ Gerade für ländliche Regionen muss bei allen Maßnahmen, Projekten oder Kampagnen folgendes beachtet werden:
  - Einstellung von Ortsautoritäten: bei der Umsetzung von Konzepten sind die Ortsautoritäten unbedingt einzubeziehen. Wird eine Maßnahme beispielsweise von einem Bürgermeister nicht getragen, ist es schwer, diese erfolgreich durchzuführen.
  - Mobilitätsproblem: Wer kann bei schlechtem öffentlichen Nahverkehr an Veranstaltungen überhaupt teilnehmen? In der Regel sind Zugewanderte von diesem Problem stärker betroffen als Einheimische. Da eine Einbeziehung der Migrantengruppen jedoch unerlässlich ist, muss hier auf deren Möglichkeiten besondere Rücksicht genommen werden.
- ◆ Da Religion in Dörfern noch eine weitaus größere Rolle spielt als in den Städten, kommt den Kirchen eine wichtige Rolle zu. Wichtig ist hier, eine breite Akzeptanz für den Islam als einer Geschwisterreligion des Christentums zu schaffen. Neben Aufklärungskampagnen über den Islam sind runde Tische der Religionen oder abrahamische Dialoge (Dialoge mit Vertreterinnen und Vertretern des Judentums, des Christentums und des Islams) einzurichten. Hierbei sollten auch pietistische und evangelikale Gruppen einbezogen werden, die zum Beispiel in Deutschland nach dem 11. September wieder verstärkt Kampagnen zur Missionierung von Muslimen gestartet haben.
- ◆ Nachbarschaftliche Begegnungen müssen initiiert werden. Anlässe für Begegnungen, Einladungen oder zu gemeinsamen Festen und Veranstaltungen müssen geschaffen werden, um ein Aufeinanderzugehen zu erleichtern und ein Kennenlernen zu ermöglichen.
- ◆ Migrationsbewegungen in den einzelnen Regionen müssen untersucht werden. In Dörfern besteht immer wieder die irriige Ansicht, dass Migration ein Phänomen der jüngsten Geschichte ist. Wanderungsbewegungen der letzten Jahrhunderte werden aus dem Bewusstsein gestrichen. Diese historischen Ereignisse müssen beleuchtet und untersucht werden. Es gab und gibt in Deutschland eine Vielzahl von Wettbewerben, die Untersuchungen der lokalen Ereignisse zur Zeit des

Nationalsozialismus anregen. Solche Wettbewerbe sind von den nationalen Regierungen auch für den Migrationsbereich zu entwickeln und auszurichten.

- ◆ Die Darstellung des Islam in den europäischen Schulbüchern muss überprüft, korrigiert und ergänzt werden. Bislang ist eine eurozentrische Geschichtsdarstellung zu finden, die eine unvoreingenommene Auseinandersetzung mit dem Islam unmöglich macht. Lehrstühle für Islamische Theologie oder Islamische Fakultäten sind einzurichten, damit interreligiöse Kompetenz geschaffen wird.
- ◆ Positive Ansätze sind zu stärken. Die Auseinandersetzung mit den Konflikten und Problemen beim Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zugewanderten darf nicht darüber hinweg täuschen, dass es viele positive Ansätze, gelingendes Miteinander, gute Initiativen und Erfahrungen beim interkulturellen Zusammenleben gibt. Ein Anliegen des Projektes "Fremdsein im Dorf" ist es, diese Ansätze ausfindig zu machen und weiterzugeben.
- ◆ Durch einen europäischen Dialog, der bei diesem Thema unerlässlich ist und einen Schwerpunkt des Projektes bildete, müssen positive Ansätze und Modelle ausgetauscht und gemeinsame Strategien für ein gelingendes interkulturelles und interreligiöses Zusammenleben in den europäischen Dörfern entwickelt werden. Dabei sollten Einrichtungen wie die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit den praktischen Austausch auf europäischer Ebene ermöglichen.
- ◆ Eine interreligiöse Kooperation auf europäischer Ebene sollte aufgebaut werden. Dabei sollte eine Zusammenarbeit trotz der nationalen Unterschiede entwickelt werden. Insbesondere Organisationen, die einen Islam europäischer Prägung anstreben, sollten am Dialog beteiligt und dabei unterstützt werden.